

## **Die Juso-Hochschulgruppe fordert die sofortige Einführung einer Zivilklausel und die vollständige Aufklärung der Verwendung der Fördergelder des US-Verteidigungsministeriums an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

*Die Forderung einer Zivilklausel an der Universität Freiburg wird drängender, nachdem bekannt wurde, dass das US-Verteidigungsministerium auch an unsere Uni Fördergelder gezahlt hat. Die Aufklärung der Vorgänge und die Offenlegung der Forschungsaktivitäten sind notwendig, um die offenen Fragen zu klären. Zukünftige Kriegsforschung muss unterbunden werden - auch an mit der Universität zusammenarbeitenden Instituten wie dem Fraunhofer-Institut, das ebenfalls Fördermittel erhalten und diese für die Entwicklung von Sprengköpfen genutzt hat.*

Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung und des NDR hat das US-Verteidigungsministerium seit 1999 mehr als zehn Millionen Dollar in deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen investiert. Auch in die Uni Freiburg sollen laut Badischer Zeitung Gelder geflossen sein. Was mit ihnen finanziert wurde, ist noch unklar. „Um das Vertrauen der Studierenden in ihre Universität wieder herzustellen, muss die Verwendung der Gelder nachvollzogen und lückenlos offengelegt werden. Die Universität ist eine öffentliche Einrichtung und steht in der Pflicht, die Ergebnisse der Untersuchung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“, kommentiert Anna Mashi, Sprecherin der Juso-Hochschulgruppe, die Vorgänge.

Dabei wirft das Verhalten der Uni Freiburg besonders Fragen auf: Bereits vor einem Jahr hatten die studentischen Senatsmitglieder die Einführung einer Zivilklausel diskutiert. Sie wurde jedoch im Hinblick auf die Prüfung der rechtlichen Grundlagen vertagt. „Das Rektorat hat uns damals die Zusage gegeben, dass eine Zivilklausel bei der nächsten Änderung der Grundordnung kommen wird. Bisher ist das nicht geschehen“, so Judith Hantel, ehemaliges studentisches Senatsmitglied.

„Ich halte es für einen Fehler, dass die Uni sich nicht schon bei der letzten Neufassung der Grundordnung vom Februar 2013 mit einer Zivilklausel klar positioniert hat. Und im Hinblick auf die aktuellen Berichte über das Fraunhofer Institut und die Uni Freiburg sehe ich die Verzögerungstaktik des Rektorates noch kritischer“, fügt Charlotte Großmann, Senatsmitglied für die Juso-Hochschulgruppe, hinzu.

An anderen Hochschulstandorten, an denen eine bereits bestehende Zivilklausel verletzt wurde, ist die konsequente Einhaltung zu gewährleisten. „Zudem sollte an diesem Punkt über eventuelle Sanktionsmechanismen nachgedacht werden, die bisher immer auf Basis des Grundsatzes der Forschungsfreiheit von vielen Seiten als rechtlich unmöglich bezeichnet wurden“, so Nils Lange, Vertreter der Hochschulgruppe im Studierendenrat der Universität Freiburg.

Die versprochene Prüfung der Vorwürfe ist ein erster Schritt, der aber nicht als wertlose Symbolhandlung durchgeführt werden darf. Die Universität muss sich zeitnah und selbstkritisch mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigen und sich für eine Zivilklausel entscheiden.